



«Das extrem knappe Ja ist zu respektieren. Gerade der Wirtschaftsstandort Basel wird massiv leiden.»

Daniel Stolz (FDP, BS)



«Die Initiative müssen wir EU-kompatibel umsetzen. Wir brauchen Problemlösungen wie Mindestlohn und zahlbaren Wohnraum.»

Susanne Leutenegger Oberholzer (SP, BL)



«Ich freue mich, dass unsere Initiative angenommen wurde. Das Volk will, dass wir die Zuwanderung wieder selber steuern.»

Sebastian Frehner (SVP, BS)



«Nicht nur die Personenfreizügigkeit ist infrage gestellt, sondern die gesamten Bilateralen bis hin zum Freihandelsabkommen.»

Elisabeth Schneider-Schneiter (CVP, BL)



«Wichtig ist, dass die SVP nun Verantwortung übernimmt. Jetzt sollte Ueli Maurer gehen und verhandeln.»

Anita Fetz (SP, BS)

Wirtschaft sucht nach Halt

Economiesuisse kassiert nächste Niederlage – Arbeitgeber befürchten Nachteile für Region

Von Patrick Griesser

Bern/Basel. Die breite Allianz der Wirtschaft gegen die Masseneinwanderungsinitiative ist gescheitert: Der Schweizerische Arbeitgeberverband und der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse haben gestern Nachmittag ihre Niederlage eingestanden – nur wenige Minuten nachdem die Abstimmungsergebnisse öffentlich wurden. Es ist die zweite grosse Niederlage für die Wirtschaftsvertreter, allen voran Economiesuisse, innerhalb von weniger als einem Jahr. Die deutliche Schlappe im Kampf gegen die Minder-Initiative hatte den Wirtschaftsdachverband bereits tief erschüttert.

Dort herrschte auch gestern grosse Enttäuschung, wie deren Direktor ad interim, Rudolf Minsch, der BaZ sagte. «Die Schweiz steht an einem sehr schwierigen Punkt», sagte Minsch. Die Initiative sei zwar nur denkbar knapp angenommen worden, aber: «In einer direkten Demokratie muss man mit solchen Entscheiden leben.» Wichtig sei nun die Frage der Umsetzung. Innenpolitisch hofft Minsch nun auf Zusage der SVP, dies wie versprochen wirtschaftsfreundlich umzusetzen. Aussenpolitisch erwartet er komplizierte Gespräche mit der EU. «Der bilaterale Weg ist mit diesem Entscheid deutlich anspruchsvoller geworden.»

Zu möglichen Folgen hielt er sich bedeckt: «Es ist zu früh, eine Schadensdiskussion zu führen», sagte Minsch, er stellte aber fest: «Die Initiative führt zu einer grossen Verunsicherung.»

Analyse der Kampagne steht aus

Ob der Verband eigene Fehler ausgemacht hat und wenn ja, welche, blieb gestern ebenfalls offen: «Wir haben noch keine Analyse angestellt. Im Grossen und Ganzen war es eine sauber geführte Kampagne.» Als problematisch wertete er «gewisse Ereignisse»: Etwa dass die linke Seite noch versucht habe, die flankierenden Massnahmen mit der Kampagne gegen die Initiative zu verknüpfen und auch der von Altbundesrätin Micheline Calmy-Rey propagierte EU-Beitritt habe sicher nicht geholfen. «Die Zuwanderung ist ein stark emotionalisierendes Thema», sagte Minsch. Eine Verknüpfung mit der Niederlage



Wie viele kommen rein? Nach dem Ja fürchten Wirtschaftsvertreter um den einfachen Zugang zu Arbeitskräften. Foto Keystone

bei der Abstimmung zur Minder-Initiative und der aktuellen Abstimmung hält Minsch für unzulässig: «Das waren zwei unterschiedliche Fragestellungen. Ein Vergleich führt nur zu Fehlschlüssen.» Die Erschütterungen der angenommenen Abzocker-Initiative brachten Minsch – ursprünglich Chefökonom des Verbandes – vorläufig den Chefposten ein: Sowohl Präsident Rudolf Wehrli als auch Direktor Pascal Gentinetta traten im vergangenen Juni zurück.

Einige Folgen der Abzockerinitiative für die Unternehmen sind heute schon sichtbar: Die grossen Firmen wie Novartis, Roche, UBS und Swisscom informierten in diesen Tagen über Statutenänderungen für ihre Generalversammlungen – und müssen sich gleichzeitig auf die Folgen des gestern gefällten Entscheids vorbereiten.

Für Roche heisst das, erst einmal die Umsetzung der Initiative abzuwarten,

sagte ein Sprecher gestern. Novartis wurde bereits konkreter: Das Unternehmen nehme den Volksentscheid mit Sorge zur Kenntnis, denn der Erfolg von Novartis stütze massgeblich auf der Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitskräfte. Pascal Brenneisen, Leiter Novartis Schweiz, sagte: «Entscheidend ist nun, wie das Kontingentierungssystem umgesetzt wird und dass Folgeschäden für die bilateralen Verträge möglichst vermieden werden. Novartis will sich für eine grosszügige Auslegung einsetzen, um Nachteile für den Standort zu begrenzen.»

Enormer Aufwand für die Region

Schärfere Worte kamen von der Handelskammer beider Basel: Das Land riskiere, ins Abseits zu geraten. Dabei seien nicht nur die guten Beziehungen zur EU als wichtigster Handelspartner gefährdet, die staatliche Regulierung

von Zuwanderern und Grenzgängern schwäche speziell die Region Basel. Die Gewerkschaften forderten derweil einen stärkeren Lohnschutz, zeige doch die Initiative die Sorge in der Bevölkerung um Arbeitsplätze und Bezahlung.

Enttäuschung herrscht beim Arbeitgeberverband Basel, der für eine massvolle Umsetzung der Initiative plädiert. Deren Folgen seien für die Region noch nicht absehbar. Die nun herrschende Rechtsunsicherheit werde aber Auswirkungen auf regionale Investitionsentscheide globaler Unternehmen haben. Sorgen bereiten dem Verband auch künftige bürokratische Hürden: Ungeachtet der Höhe der Kontingente, bedeute die Anstellung von Grenzgängern für die regionalen Unternehmen mehr Arbeit. Verbandsdirektorin Barbara Gutzwiller: «Angesichts von 60 000 Grenzgängern in der Region kommt ein enormer Aufwand auf die Firmen zu.»

«Das Volk wurde angelogen»

Der parteilose Ständerat Thomas Minder zum Abstimmungsergebnis

Von Dominik Feusi, Aarberg

BaZ: Herr Minder, was war ausschlaggebend für das Abstimmungsergebnis?

Thomas Minder:

Die Personenfreizügigkeit hatte doch realistisch betrachtet schon länger keine Zukunft mehr. Dazu musste man nicht Prophet sein. Da kommen irgendwann Serbien, Montenegro oder die Türkei hinzu. Und wir hätten einfach alles mitmachen müssen? Das Ja freut mich ausserordentlich. Die Demokratie in der Schweiz lebt. Politik in der Schweiz ist interessant. Der heutige Tag ist ein Sieg der direkten Demokratie. Das Signal ist klar, der Text der Initiative ist klar.



Was bedeutet das Ergebnis für den Bundesrat?

Wenn der Bundesrat sich so ins Zeug legt und drei Bundesräte rund dreissig Auftritte absolvieren, dann legt er seine Glaubwürdigkeit in die Waagschale. Und jetzt hat das Volk doch anders entschieden. Es ist nicht Aufgabe des Bundesrates, Abstimmungskämpfe zu bestreiten, sondern Volksentscheide umzusetzen. Der Bundesrat muss in Klausur und eine schonungslose Manöverkritik vornehmen. Der Bundesrat darf in diesem Ausmass keine Grabenkämpfe mehr führen.

Hat der Bundesrat einen Glaubwürdigkeitsverlust erlitten?

Ich fordere keine Rücktritte. Jeder Bundesrat muss sich selber überle-

gen, ob er noch am richtigen Ort tätig ist und ob er die Grundhaltung, die jetzt zum Ausdruck gekommen ist, vertreten kann. Das Volk wurde seit dem Jahr 2000 in Sachen Personenfreizügigkeit immer wieder angelogen. Der Bundesrat hat von 8000 Zuwanderern gesprochen, jetzt sind es zehnmal mehr. Wir haben die grösste Ärztedichte der Welt und holen gleichzeitig Tausende von Ärzten in die Schweiz, um nur zwei Beispiele zu nennen. Der Bundesrat hat bei der Personenfreizügigkeit die Glaubwürdigkeit längst verloren. Nur das Volk konnte die Sache drehen, und das hat es heute getan.

«Der Bundesrat hat bei der Freizügigkeit die Glaubwürdigkeit längst verloren.»

Wie soll der Bundesrat die Initiative umsetzen?

Der Initiativtext gibt dem Bundesrat drei Jahre Zeit. Ich schlage vor, wir teilen das in eine erste Phase von anderthalb Jahren, in der wir unsere Hausaufgaben machen und bestimmen, wie wir das nun in der Verfassung verankerte Kontingentssystem ausgestalten. Und dann haben wir noch einmal gleich viel Zeit, mit Brüssel zu verhandeln. Wir können ja nicht mit leeren Händen nach Brüssel, sondern müssen innenpolitisch klären, was wir wollen. Für mich bedeutet das auch, rasch die Ecopop-Initiative zu behandeln.

Wird die Ecopop-Initiative abgelehnt?

Nein. Ich finde Ecopop fast besser als die Masseneinwanderungs-Initiative, weil sie einen Deckel für die Einwanderung vorsieht. Ich werde an vorderster Front dafür kämpfen, dass sie nicht für ungültig erklärt wird. Das wäre die falsche Schlussfolgerung aus dem heutigen Resultat.

Wie schwierig wird die Umsetzung?

Es wird eine politische Auseinandersetzung geben, ein Kontingentierungsgesetz mit vielen Paragraphen. Die Gewerkschaften und die Linke werden in die eine, die Bürgerlichen in die andere Richtung ziehen. Aber wir haben in Bern schon sehr viel schwierigere Gesetze gemacht und werden das schaffen. Wichtig ist, dass das Parlament die Verantwortung für das neue System übernimmt und nicht der Bundesrat. Der Bundesrat ist heute der Verlierer. Es wäre falsch, ihm nach dem heutigen Votum die ganze Kompetenz für die Kontingentierung auf dem Verordnungsweg zu übertragen.

Wie meinen Sie das?

Der Verlierer darf mitreden und die Verordnung erlassen, aber die entscheidenden Inhalte, wie die eigentliche Kontingentierung, die Höchstgrenze oder die Verfahren, das muss das Parlament vorgeben.

Gibt es eine Lehre aus dieser Abstimmung für die Classe politique?

Das ist die grosse Frage. Bundesrat, Verwaltung und Parlament haben nun mehrfach den Unmut der Bevölkerung zu spüren bekommen. Im Moment spüre ich noch nicht, dass das in Bundesbern etwas auslösen würde.

Presseschau

Wenn es wie schon beim EWR nicht die Verantwortung der SVP sein wird, den wirtschaftlichen Schaden zu begrenzen – der politische Triumph fällt ganz in den Schoß der Partei (...). Die binnenorientierte Schweiz hat obsiegt. Für eine kleine, offene und ressourcenarme Volkswirtschaft ist das gar kein gutes Zeichen.

«Neue Zürcher Zeitung»

Weit mehr als das Ja zum Minarettverbot wird dieses Zeichen zur grossen Herausforderung für die Schweizer Politik der nächsten Jahre werden. Die Schweiz muss mit der EU ein neues konstruktives Verhältnis anstreben. Die Vorstellung, sie könnte dabei mit ihrem integrativen Föderalismus zum Vorbild für eine neue EU werden, wird ihr dabei nicht mehr helfen. Aber die Schweiz wird (...) auch nicht zum Sündenbock werden. Andere EU-Staaten hätten ähnlich abgestimmt.

«Tages-Anzeiger», Zürich

Nicht nur die Schweiz denkt über die Einwanderung neu nach. Deutschlands konservative CSU will verhindern, dass Einwanderer Sozialleistungen beanspruchen. Auch in Grossbritannien, Dänemark, den Niederlanden oder Frankreich ertönt der Ruf nach strengeren Kontrollen.

«Wall Street Journal», New York

Die Schweiz steht vor einem Scherbenhaufen. Regierung und Wirtschaft werden nach dem «Ja» zu einer Zuwanderungsgrenze reichlich zu tun haben, um die negativen Folgen für Europa zu begrenzen.

«Frankfurter Allgemeine Zeitung»

Masseneinwanderungs-Ja verunsichert Grenzgänger

BASEL. Die Annahme der SVP-Initiative verunsichert die Grenzgänger der Region. Viele fürchten um ihren Arbeitsplatz.

Die Annahme der SVP-Initiative gegen Masseneinwanderung führt bei vielen Grenzgängern zu Verunsicherung. «Ich hoffe zwar, dass es mich persönlich nicht betrifft, weil ich schon lange hier arbeite – aber für kommende Grenzgänger wird es nicht einfach», sagt ein in Frankreich lebender Mitarbeiter einer Basler Chemiefirma. Ein Kollege aus Deutschland fügt hinzu: «Die Schweiz wollte Arbeitskräfte – jetzt sind sie nicht mehr zufrieden.» 67 000 Grenzgänger arbeiten in der Region, über die Hälfte davon in Basel-

Stadt. Ihre Arbeitsbewilligung gilt jeweils für fünf Jahre. Wie es danach weitergeht, ist für viele von ihnen nun unklar.

Auch die regionalen Wirtschaftsverbände sind bestürzt: «Die staatliche Regulierung von Zuwanderern und Grenzgängern schwächt speziell die Region Basel», schreibt etwa die Handelskammer beider Basel. «Die zukünftige Einführung von Kontingenten ist ein gefährliches Signal», sagt Manuel Frießecke, Geschäftsführer bei Regio Basiliensis. Im Gespräch mit dem «Regionaljournal» des SRF zeigt sich auch Unispital-Personalchef Mario da Rugna besorgt, dass Mitarbeitende sich eine neue Stelle suchen könnten: «Wir wollen verhindern, dass bei uns Arbeitende jetzt die falschen Schlüsse ziehen.» PZ



67 000 Grenzgänger arbeiten in der Region um Basel. CH

20 Sekunden

Brand in Küche

ALLSCHWIL. Bei einem Küchenbrand sind gestern zwei Personen verletzt worden. Die Feuerwehr konnte das Feuer rasch löschen. Der Bewohner und sein helfender Nachbar wurden ins Spital gebracht. SDA

Neuer Vorsitzender

BASEL. Das Parlament des internationalen Eurodistricts Basel hat den Elsässer Gaston Latscha zum neuen Präsidenten gewählt. Latscha arbeitet in Basel und wird den Vorstand zwei Jahre innehaben. PZ

Stabile Quote

BASEL. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich im Januar in den beiden Basel kaum verändert. In Basel-Stadt blieb die Arbeitslosenquote bei 3,9%, in Baselland liegt sie bei 2,9%. Landesweit blieb die Quote stabil bei 3,5%. SDA

Dienstag, 11. Februar 2014 | Nordwestschweiz

Eine richtige Klatsche für die Grenzgänger

Kontingente Die Grenzgänger werden vorerst weiter hier arbeiten dürfen. Doch die Beziehungen nehmen Schaden.

VON PETER SCHENK

Etliche der 67 000 Grenzgänger, die täglich aus dem Elsass und Südbaden in die Nordwestschweiz zur Arbeit fahren, dürften dies gestern Morgen, am Tag nach dem knappen Ja zur Masseneinwanderungsinitiative, mit gemischten Gefühlen getan haben.

Rolf Eichin, Vorstandsmitglied vom Verband Grenzgänger Info Lörrach, in dem rund 6000 Personen organisiert sind, bringt es auf den Punkt: «Das ist eine richtige Klatsche und sie bedeutet: Wir brauchen euch, aber eigentlich wollen wir euch nicht.» In Gefahr seien vorerst vor allem die zwischenmenschlichen Beziehungen.

Im Initiativtext heisst das so: «Die jährlichen Höchstzahlen und Kontingente für erwerbstätige Ausländerinnen und Ausländer sind auf die gesamtwirtschaftlichen Interessen der Schweiz unter Berücksichtigung eines Vorranges für die Schweizerinnen und Schweizer auszurichten;

die Grenzgängerinnen und Grenzgänger sind einzubeziehen.»

Rainer Füg, seit vielen Jahren Herausgeber der Wirtschaftsstudie Nordwestschweiz, glaubt zwar, dass im laufenden und auch im kommenden Jahr noch nichts passieren wird, ist aber überzeugt: «Die Standortqualität der Schweiz wird durch die Annahme der Initiative abnehmen.»

Drei Jahre Zeit für Bundesrat

Der Bundesrat hat jetzt drei Jahre Zeit für die Umsetzung. Wie diese dann letztlich aussieht, ist für Jean-Luc Johaneck, Präsident des südsächsischen Grenzgängerverbands CDTF, der 19 000 Mitglieder zählt, noch offen. «Die Volksabstimmung war ja nicht von der Regierung organisiert.» Johaneck sieht mehrere Risiken. So sei nicht klar, wie die EU auf die Einschränkung der Personenfreizügigkeit reagiere. «Auch könnten manche Betriebe darin bestärkt werden, zu delokalisieren.» Und wenn ein Betrieb eine wichtige Arbeitskraft wie einen Ingenieur nicht erhalte, werde dies negative Auswirkungen auf das gesamte Unternehmen haben.

Johaneck wie Eichin gehen beide davon aus, dass es voraussichtlich nicht zu Kündigungen von Grenzgän-

gern kommt. «Diejenigen, die schon da sind, werden wohl bleiben dürfen», glaubt Eichin. Johaneck ergänzt: «Die Grenzgänger werden ja beschäftigt, weil man sie braucht.»

Wie die Umsetzung der Initiative letztlich aussehen wird, wissen beide nicht. Wenig Gutes verheissen da die Erfahrungen von Manuel Friessecke,

«Das Ja bedeutet: Wir brauchen euch, aber eigentlich wollen wir euch nicht.»

Rolf Eichin, Verband Grenzgänger Info Lörrach

heute Geschäftsführer der Regio Basiensis, und von 1999 bis 2001 Mitarbeiter bei der grenzübergreifenden Beratungsstelle Infobest.

2002 traten die bilateralen Verträge mitsamt der Personenfreizügigkeit in Kraft. «Vorher gab es zwar keine Kontingente für Grenzgänger, aber Bewilligungskriterien und eine Bewilligungspraxis, die de facto zu einer Kontingentierung geführt hätten», erinnert sich Friessecke. Massgebend seien das Gesetz über Aufent-

halt und Niederlassung der Ausländer und die dazugehörige Verordnung über die Begrenzung der Ausländerzahl.

Erhebliche Einschränkungen

Das führte zu einer Fülle von den sonderbarsten Bestimmungen, die die grenzübergreifende berufliche Mobilität erheblich einschränkten. Nur einige Kostproben: Die Grenzgänger mussten mindestens sechs Monate vor der Antragstellung in der Grenzzone ansässig sein, sie mussten in der Regel die Nationalität des Wohnortstaates besitzen, sie mussten täglich an den Wohnort zurückkehren und der Arbeitsort musste in der Grenzzone auf Schweizer Seite liegen. Die Bewilligungen waren nur für einen Kanton gültig, es gab keine für Selbstständige und bei Wechsel des Arbeitgebers musste eine neue beantragt werden.

Besonders aufwendig war für Betriebe der Nachweis, dass sie für eine Stelle keinen gleich qualifizierten Schweizer fanden. «Im schlimmsten Fall müsste diese Prüfung für jede auslaufende Grenzgängerbewilligung durchgeführt werden», befürchtet Friessecke. Denkbar sei dies auch für die Aufenthaltsbewilligungen.

Basel macht sich nun Sorgen um die Zukunft

Gespalten Bei der Masseneinwanderungsinitiative stimmt Basel-Stadt Nein, Baselland Ja. Die Wirtschaft ist entsetzt.

VON NICOLAS DRECHSLER
MITARBEIT: PETER SCHENK

«Das Resultat in Basel-Stadt ist in Ordnung, die Erklärungsschreiben an ihre ausländischen Nachbargemeinden müssen andere Kantone versenden.» Christoph Brutschin (SP), basel-städtischer Wirtschaftsdir-
 ektor, kann seine Enttäuschung über die Annahme der SVP-Masseneinwanderungsinitiative in der Schweiz nicht verhehlen.

Auch wenn sein Kanton Basel-Stadt mit 61 Prozent Nein-Stimmen-Anteil deutlich gegen die Abschottung gestimmt hat. Was das nationale Ja heisst, sei noch nicht abzusehen: «Nun muss der Bundesrat sich äussern, wie er das umsetzen will und wie er die Verhandlungen mit der EU gestalten wird.» Und hier drohe auch das Worst-Case-Szenario: Die EU kündigt sämtliche bilateralen Abkommen mit der Schweiz.

Sorgenfalten bei der Wirtschaft

Pascal Brenneisen, Leiter von Novartis Schweiz, lässt sich ähnlich zitieren: «Wir werden die Umsetzung aufmerksam verfolgen und uns für eine grosszügige Auslegung einsetzen, um den Schaden für den Wirtschaftsstandort Schweiz zu begrenzen.» Zentral für die Region ist die Frage danach, wie es nun für die Grenzgänger weitergeht. Alleine in Basel-Stadt sind es täglich 35 000 Menschen, die über die Grenze kommen, um hier zu arbeiten. Brutschin meint: «Hier stehen die Bedürfnisse der Wirtschaft und der öffentlichen Hand im Vordergrund. Ohne ausländische Arbeitskräfte funktionieren beispielsweise unsere Spitäler nicht.» Und auch Brenneisen meint: «Novartis nimmt den Volkentscheid mit Sorge zur Kenntnis, denn der Erfolg von Novartis stützt massgeblich auf der Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitskräfte.» Mit grosser Enttäuschung reagiert der Gewerbeverband Basel-Stadt in einer Medienmitteilung: «Das klare Nein aus Basel-Stadt konnte daran leider nichts ändern». Gewerbedirektor Gabriel Barell fordert: «Die Kontingente für ausländische Arbeitnehmende müssen dieser Tatsache Rechnung tragen und der bürokratische Mehraufwand für die Be-



Bedrückte Mienen: Wirtschaftsminister Christoph Brutschin, CVP-Präsident Lukas Engelberger und SP-Nationalrat Beat Jans.

KENNETH NARS

triebe muss so gering wie möglich gehalten werden.»

Vor der neuen Bürokratie, die ironischerweise die SVP zu verantworten hat, die sonst den Staat möglichst klein halten will, graut auch Brutschin. Sein Wirtschaftsdepartement ist nämlich für Arbeitsbewilligungen zuständig: «Wir kennen Kontingente für die Drittländer, wie etwa die USA. Wenn das nun für alle gelten soll, gibt das einen massiven administrativen Aufwand und es ist nicht klar, ob den der Kanton oder der Bund tragen muss.»

Konflikte mit den Nachbarn

Die wirtschaftlichen Konsequenzen sind das eine, das politische Signal ist das andere. CVP-Präsident Lukas Engelberger diagnostiziert, es seien in der Schweiz Gräben aufgerissen

worden zwischen den wirtschaftlich dynamischen Kantonen, die das Geld verdienen und den ländlicheren Gebieten. «Wirtschaftlich müssen unsere Vertreter in Bern eine möglichst liberale Gestaltung der Kontingente erreichen. Der politische Schaden ist wohl nicht zu beheben.» In der Tat reagieren die ausländischen Nachbarn mit Bedauern auf die Schweizer Entscheidung. «Das wird die Beziehung zu Europa und die Zusammenarbeit im Trinationalen Eurodistrict Basel nicht vereinfachen», kommentiert Jean-Marie Zoellé, bürgerlicher Maire von Saint-Louis, gegenüber der bz. «Wir müssen jetzt die Zukunft aufbauen, indem wir in den Rückspiegel schauen.» Ähnlich äussert sich Wolfgang Dietz, Oberbürgermeister von Weil am Rhein (CDU): «Die Abkommen, die die EU mit der Schweiz geschlossen

hat, sind dafür da, dass beide Seiten sich daran halten. Die Konsequenz wird sein, dass die EU die Zugeständnisse, die sie der Schweiz gemacht hat, überprüfen wird.» Insbesondere

«Ohne ausländische Arbeitskräfte funktionieren beispielsweise unsere Spitäler nicht.»

Christoph Brutschin,
Wirtschaftsdirektor Basel-Stadt

aufgrund ihres Fachkräftemangels
dürfe die Schweiz kein Interesse an
neuen Verhandlungen haben.

Das sieht auch Klaus Eberhardt so, SPD-Oberbürgermeister von Badisch-Rheinfelden: «Der Wirtschaftsstand-

ort Schweiz hat sich mit dieser Entscheidung keinen Gefallen getan», sagt er. Vorerst erwartet Eberhardt allerdings regional keine gravierenden Änderungen. «Die Schweiz ist mit ihrem Verhalten für die EU aber ein Stück unsicherer geworden», analysiert er.

Dass Baselland und hier vor allem der obere Kantonsteil die Masseneinwanderungsinitiative angenommen hat (Text unten), schockiert in der Stadt: Facebook, Twitter und andere soziale Plattformen überlaufen geradezu vor Kommentaren zum Thema. «Die Baselbieter konnten sich offenbar dem Einfluss des Mittellandes nicht entziehen», sagt der Stadtbasler Brutschin. Einen direkten Einfluss auf die Partnerschaft der beiden Basel werde der unterschiedliche Ausgang der Abstimmung nicht haben.

Baselland stimmt nach Einkommen

Trennlinien Thomas Weber und Eric Nussbaumer führen die Annahme der SVP-Initiative auf den Wohlstand zurück.

VON MATTHIAS ZEHNDER

Thomas Weber (SVP), der Volkswirtschaftsdirektor des Kantons Basel, reagiert pragmatisch auf die Annahme der Initiative seiner Partei: «Nun gilt es, den Entscheid umzusetzen unter Berücksichtigung der langfristigen Interessen unseres Wirtschaftsstandorts.» Interessant sei, dass die Abstimmungsergebnisse sich nach Einkommen gruppieren: «Je höher die Einkommensverhältnisse sind in einer Region, desto höher ist der Nein-Stimmen-Anteil. Ein Beispiel: Birsfelden stimmt sonst eher links mit der Stadt, hat am Sonntag aber ja gestimmt.» Im Bezirk Arles-

heim mit tendenziell höherem Steuersubstrat sei der Nein-Anteil höher, je ländlicher und je weniger steuerkräftig eine Region ist, desto höher sei der Ja-Stimmen-Anteil. «Es ist also ein Ja der einfachen Bevölkerung gegen ein Nein der begüterten Schichten», erklärt Weber. Für das Verhältnis der beiden Basel heisse das nichts. «Es ist einmal mehr das Bild, wie wir es ja auch aus der Theaterabstimmung kennen. Der Bezirk Arlesheim stimmt wie die Stadt, ländlichere Bezirke stimmen anders. Konsequenzen für die Fusionsabstimmung hat das nicht, sie könnte aber genau so ausgehen.»

Als «bitteren Tag für die Schweiz» bezeichnet Eric Nussbaumer, Nationalrat SP/BL, das knappe Ja zur Masseneinwanderungsinitiative der SVP. «Der Riss geht mitten durch beide Basel. Es war 1992 schon knapp, aber es gab anscheinend seither eine weitere

Stärkung eines rechtspopulistischen Lagers.» Nussbaumer führt den Erfolg der SVP auf ein «ungutes Gefühl der Leute» zurück. «Wir sind wirtschaftlich gut unterwegs. Gleichzeitig haben die Leute das Gefühl, dass etwas nicht mehr stimmt.» Einerseits sei die Rede von Abzockern, andererseits seien viele Gemeinden knapp bei Kasse. «Es ist generell ein Problem der Verteilungsgerechtigkeit des erarbeiteten Wohlstands. Da bestand 1992 noch ein grosserer Konsens. Es ist inzwischen vieles krumm. Wenn man das rechtspopulistisch zuspitzt, dann kommt es eben so heraus wie diesen Sonntag.» Die Dichtestress-These sei falsch. «Die Kampagne der Befürworter war klar eine Kampagne für Fremdenfeindlichkeit und Abschottung», erklärt Nussbaumer. «Der Fremdenfeindlichkeit begegnen kann man nur mit realen Erfahrungen im Leben.»



PETER SCHENK

Spontane Protestdemonstration in Basel

An einem Protestzug gegen die Annahme der Masseneinwanderungsinitiative nahmen gestern Abend in Basel bis zu 600 Personen teil. Zu dem Anlass, der auf dem Claraplatz begann, hatten linksautonome Kreise auf Face-

book aufgerufen. Im Laufe des Tages durch die Innenstadt schlossen sich ständig mehr Personen an, weit über das linksextreme Spektrum hinaus. Auf dem Marktplatz hatten die Jusos einen Kreis mit Kerzen aufgestellt. (PSC)



Bald ist Schluss mit der Personenfreizügigkeit, und an den Grenzen dürfte wieder mehr kontrolliert werden.

NICOLE NARS-ZIMMER

Im Kleinen die grossen Scherben kitten

Regio Basiliensis Zukunft diverser grenzüberschreitender Projekte hängt an einem dünnen Faden

VON PETER SCHENK

Die Annahme der SVP-Masseneinwanderungsinitiative ist für die trinationale grenzübergreifende Kooperation am Oberrhein ein schwerer Schlag. Als erste Reaktion hat die EU neben dem Stromabkommen auch die Erneuerung wichtiger Abkommen in den Bereichen Bildung und Forschung auf Eis gelegt.

Ein trinationales Projekt wie die Schaffung einer Grossforschungseinrichtung am Oberrhein dürfte damit vorerst gestorben sein. «Damit waren ganz grosse Hoffnungen verbunden», kommentiert Manuel Friesecke, Geschäftsführer der Regio Basiliensis. Den Lead bei diesem Vorhaben liegt bei der Albert-Ludwigs-Universität im deutschen Freiburg im Breisgau. Ganz gibt Friesecke die Hoffnung noch nicht auf: «Wir müssen schauen, was die Gespräche mit dem Rektor Hans-Jochen Schiewer bringen.»

Die Regio Basiliensis hofft, dass sich die guten Beziehungen über die Grenzen und die lange Tradition der

Zusammenarbeit in der derzeit schwierigen Situation positiv auswirken könnten. «Angesichts der Herausforderung, vor der wir stehen, ist jetzt der Schulterschluss zwischen den deutschen, französischen und Schweizer Partnern am Oberrhein gefragt», analysiert Friesecke.

Eingeschränkte Arbeitsagentur

Ihm ist allerdings klar, dass die Möglichkeiten der Zusammenarbeit gegenüber bisher eingeschränkt sein werden. Eine neue, trinationale Arbeitsagentur in Lörrach, ein weiteres Projekt, hätte bei einem kontrollierten und beschränkten grenzübergreifenden Arbeitsmarkt nur limitierte Kompetenzen. «Eventuell könnte es wegen der Schwierigkeiten umso sinnvoller sein, eine derartige Arbeitsagentur zu haben, aber ihre Möglichkeiten wären eingeschränkt», ist Friesecke überzeugt. Ihre Rolle wäre deshalb vor allem, zu informieren.

Zumindest einen positiven Effekt könnte die Schweizer Abstimmung

auf der deutschen Seite haben. «Es wird den dortigen Arbeitsmarkt entlasten, weil die Schweiz als Staubsauger für deutsche Fachkräfte entfällt»,

«Mit der Grossforschungseinrichtung waren grosse Hoffnungen verbunden.»

Manuel Friesecke, Regio-Basiliensis-Geschäftsführer

vermutet der Geschäftsführer der Regio Basiliensis.

Diese hat eine Doppelstruktur: Einerseits ist sie ein Verein mit 550 Einzel- und Kollektivmitgliedern und andererseits für die fünf Nordwestschweizer Kantone Koordinationsstelle für die grenzübergreifende Zusammenarbeit; sie ist somit auch für die Interreg-Projekte zuständig.

«Als Verein werden wir uns für den trinationalen Lebens- und Wirtschaftsraum einsetzen und Impulse

für die Kooperation geben», kündigt Friesecke an. So sei es wichtig, in Bundesbern die spezifische Situation der Region Basel aufzuzeigen. «Im Unterschied zu Zürich, das nationale Arbeitsmarktreserven in einer 360-Grad-Umgebung hat, liegen sie hier nur bei 180 Grad», sagt Friesecke. Als Verein sei man durch das Abstimmungsergebnis nicht geschwächt.

Aargau hat Beiträge gekürzt

Anders sieht das für die Kooperationsstelle aus, denn immerhin haben mit dem Aargau, Solothurn und Baselland drei der fünf Nordwestschweizer Kantone für die Abschottungsinitiative gestimmt. Friesecke will dies zwar nicht als Statement gegen die Kooperation verstehen, aber ein politisches Signal bleibe es allemal. Für den Aargau ist es bereits das zweite. Im Sommer hatte der Kanton im Rahmen seines Sparprogramms beschlossen, den jährlichen Beitrag an die Regio Basiliensis ab 2015 von 212 000 Franken auf 100 000 Franken zu kürzen.

Volksabstimmung in der Schweiz

Ein Land schottet sich ab

Kein Grenzgänger wird morgen seinen Arbeitsplatz verlieren, kein deutscher Arbeitnehmer in der Schweiz zur Ausreise aufgefordert. So schnell wird sich die einschneidende Entscheidung vom Sonntag, die Personenfreizügigkeit mit der EU aufzukündigen, nicht niederschlagen. Auch werden sich die Konsequenzen nicht so eindeutig zuordnen lassen. Aber es wird sie geben, auf vielen Ebenen. Die Schweizerinnen und Schweizer haben ein Zeichen gesetzt, wie sie sich den Umgang mit den Nachbarn in Europa vorstellen: Willkommen ist, wer nutzt. Die Entscheidung ist zu respektieren. Sie spiegelt gleichermaßen die Angst vor Überfremdung wider wie eine Bleib-Weg-Haltung. Es ist ein Signal der Abschottung gegenüber den Europäern und es ist ein Nein zum zusammenwachsenden Europa. Die politischen und wirtschaftlichen Folgen sind noch unabsehbar. Die Schweiz genießt Privilegien, die ansonsten nur EU-Mitgliedern eingeräumt werden, von der Teilnahme an EU-Forschungsprogrammen bis zum Marktzugang für Schweizer Unternehmen. Diese Vorzugsbehandlung, die stark vom Wohlwollen ihrer direkten Nachbarn abhängt, ist im Rest Europas kaum noch zu vermitteln. Brüssel hat klargestellt, dass es die vertraglichen Vereinbarungen nur im Gesamtpaket gibt, also samt Personenfreizügigkeit. Macht die EU ernst und kündigt als Konsequenz ihrerseits ebenfalls die bilateralen Verträge, könnte den Eidgenossen die Entscheidung noch vor die Füße fallen. Das hätte dann Folgen auch für die Grenzgänger. *Franz Schmider*

Süddeutsche Zeitung

Schweizer Votum verstört Europa

Volksabstimmung zur Zuwanderung 10. Februar 2014

Europas Politiker hadern mit dem schweizerischen Votum für eine Begrenzung der Zuwanderung aus der EU. Es verletze das Prinzip des freien Personenverkehrs zwischen der EU und der Schweiz, teilt die EU-Kommission mit. Die Schweizer Wirtschaft fürchtet beträchtliche Nachteile im Handel. Die Europäische Union hat angesichts der engen Wirtschaftsbeziehungen zur Schweiz das Votum der Eidgenossen für eine Abschottung ihres Landes kritisiert. Eine Einschränkung der Zuwanderung für Ausländer verletze das Prinzip des freien Personenverkehrs zwischen der Europäischen Union und dem Alpenland, teilte die EU-Kommission in Brüssel mit. Der Präsident des Europaparlaments, Martin Schulz (SPD), ermahnte die Schweizer, sie könnten nicht nur die Vorteile des großen europäischen Binnenmarktes für sich in Anspruch nehmen. Die Deutschen stellen mit etwa 300 000 einen großen Teil der ausländischen Bevölkerung in der Schweiz. Die Schweizer hatten sich am Sonntag in einer Volksabstimmung überraschend dafür ausgesprochen, die Zuwanderung aus der EU zu begrenzen. Mit 50,3 Prozent fiel die Zustimmung für die Initiative der national-konservativen Schweizer Volkspartei (SVP) "Gegen Masseneinwanderung" denkbar knapp aus.

Die Schweiz muss mit EU-Maßnahmen gegen die Auswirkungen der Volksinitiative "Gegen Masseneinwanderung" rechnen: "Wir können das nicht widerspruchslos hinnehmen", sagte der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Europaparlament, Elmar Brok (CDU), dem Kölner Stadt-Anzeiger. Die EU-Kommission erklärte, sie bedaure den Ausgang der Volksabstimmung und werde "die Folgen dieser Initiative für die Gesamtbeziehungen analysieren". Mit hauchdünner Mehrheit haben die Schweizer am Sonntag in einer Volksabstimmung für Zuwanderungsbeschränkungen gestimmt. Die Vorlage muss nun innerhalb von drei Jahren umgesetzt werden. "Das ist schon ein Schlag", sagte Brok. Die Schweiz genieße große Vorteile, "weil sie ein Stückchen in die Europäische Union integriert ist" und brauche "qualifizierte Arbeitskräfte". In diesem Sinne nannte Brok den Ausgang der Abstimmung "nicht verständlich". Von Seiten der EU-Kommission wurde darauf hingewiesen, dass die sieben bilateralen Abkommen über Bereiche wie Freizügigkeit, Verkehr, Landwirtschaft, Forschung und öffentliche Ausschreibungen aus dem Jahr 1999 rechtlich miteinander verknüpft seien und nicht einzeln aufgekündigt werden könnten. In einer offiziellen Erklärung teilte die Kommission mit, der Volksentscheid verletze das "Prinzip des freien Personenverkehrs".

Lehren für Deutschland?

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble bedauerte die Entscheidung. "Das wird eine Menge Schwierigkeiten für die Schweiz verursachen", sagte er in der ARD. Zugleich forderte er die deutsche Politik auf, Lehren aus dem Schweizer Ja für eine Begrenzung der Zuwanderung zu ziehen. "Es zeigt natürlich ein bisschen, dass in dieser Welt der Globalisierung die Menschen zunehmend Unbehagen gegenüber einer unbegrenzten Freizügigkeit haben", sagte der CDU-Politiker am Sonntagabend in der ARD-Sendung "Bericht aus Berlin". Er fügte hinzu: "Ich glaube, das müssen wir alle ernst nehmen." Aus Enttäuschung über die Niederlage gingen in Zürich, Bern und Luzern am Abend Hunderte Menschen auf die Straßen, um weiterhin für eine offene Schweiz zu werben. Die Regierung in Bern muss nun binnen drei Jahren das Anliegen umsetzen. "Die Schweiz wird also in Zukunft die Bewilligungen für den Aufenthalt von Ausländerinnen und Ausländern durch Höchstzahlen und Kontingente begrenzen", sagte Justizministerin Simonetta Sommaruga von den Sozialdemokraten. Der Schweizer Bundespräsident Didier Burkhalter (FDP) kündigte am Abend an, es gehe nun darum, eine auch aus Sicht der EU akzeptierbare Form zu finden. Als assoziierter EU-Partner würde die Exportnation Schweiz im Fall von Zuwanderer-Kontingenten gegen das Recht der Personenfreizügigkeit verstoßen.

Sorge in der Schweizer Wirtschaft

Der Erfolg der Initiative gegen "Masseneinwanderung" löste in der schweizerischen Wirtschaft große Sorgen aus. "Wir werden jetzt in eine Phase der Unsicherheit einbiegen", sagte der Präsident des Schweizer Arbeitgeberverbands, Valentin Vogt, im Schweizer Fernsehen. Unsicherheit sei für die Wirtschaft schlimmer als schlechte Nachrichten. Die stark exportorientierte Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie fürchtet nach Angaben vom Sonntagabend beträchtliche Nachteile im Handel mit der EU. Die Politik müsse alles daran setzen, dass die Verträge mit der EU intakt blieben. Der Vorsitzende der Linkspartei, Bernd Riexinger, bezeichnete das Referendum als schweren Fehler. "Was Europa als Letztes braucht, sind neue Mauern", sagte Riexinger Handelsblatt Online. Als drastische Konsequenz aus dem Votum forderte er die Einführung von Kapitalverkehrskontrollen. "Wenn die Schweiz ihre Grenze für Menschen schließt, dann ist es nur gerecht, wenn auch das Geld draußen bleibt", sagte Riexinger dem Blatt. "Die Schweiz kann sich nicht ernsthaft auf den Standpunkt stellen, dass sie sich gegen Zuwanderer abschotten kann, und gleichzeitig das Steuerfluchtgeld aus ganz Europa mit offenen Armen empfängt", argumentierte Riexinger.

»Das ist kein schönes Signal aus der Schweiz«

Europaminister Friedrich reagiert enttäuscht auf Zuwanderungs-Votum der Eidgenossen / Theurer spricht von Spaltung der Gesellschaft

Von Wolfgang Molitor

Bern/Stuttgart. Die Schweizer wollen die Zuwanderung drosseln – das könnte auch viele Pendler aus dem Südwesten treffen, die im Nachbarland arbeiten. Doch das baden-württembergische Arbeitsministerium gewinnt der Entscheidung auch positive Seiten ab – etwa bei der Suche nach Fachkräften.

»Das ist kein guter Tag für die Niederlassungsfreiheit in Europa«, sagt der Horber Europa-Abgeordnete Michael Theurer (FDP) unserer Zeitung: Es sei den Initiatoren gelungen, die Schweizer Gesellschaft zu spalten. Angesichts des sich verschärfenden Fachkräftemangels schneide sich die Schweiz aber ins eigene Fleisch.

Dass sich die Schweiz mehr abschotte, als sich zu öffnen, sei gerade aus Sicht Baden-Württembergs zu bedauern, so Theurer. Die meisten der rund 56 000 deutschen Pendler kommen aus den angrenzenden Landkreisen im Südwesten. Darunter sind nach Angaben des Schweizer Bundesamtes für Statistik vor allem der Kreis Lörrach mit rund 20 300 Pendlern, der Kreis Waldshut mit rund 13 800 Pendlern und der Kreis Konstanz mit rund 8 900 Pendlern. Zudem sind im Jahr 2012 rund 6 600 Baden-Würt-

temberger in die Schweiz eingewandert, aus ganz Deutschland kamen rund 20 800 Menschen. Insgesamt leben 300 000 Deutsche dort.

»Aus unserer Sicht bringt der Vorstoß Nachteile für alle Beteiligten«, sagt auch der Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer (IHK) Bodensee-Oberschwaben, Peter Jany. Ein Erfolg der Initiative brächte ausgehan-

delte bilaterale Verträge zwischen der Schweiz und der EU ins Wanken. »Das ist nicht im Interesse der Wirtschaft – weder der deutschen noch der schweizerischen.«

EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso hatte schon im Dezember erklärt, dass die EU eine Aufhebung der Freizügigkeitsregeln nicht einfach hinnehmen werde. Ein Sprecher des baden-württembergischen Arbeitsministeriums sagte, man müsse nun abwarten, welche konkreten Konsequenzen die Abstimmung habe. Auf den Südwesten könne sich das Ergebnis langfristig sogar positiv auswirken: »Arbeitskräfte, die bisher in der Schweiz waren, stellen sich vielleicht wieder dem deutschen Markt zur Verfügung. Die Schweiz schneidet sich da möglicherweise ins eigene Fleisch.«

Baden-Württembergs Europaminister Peter Friedrich (SPD) reagierte enttäuscht auf das Ergebnis. »Das ist kein schönes Signal aus der Schweiz«, sagte er. Er habe nicht mit diesem Ausgang gerechnet. »Ich hatte gehofft, dass sich die Mehrheit dagegen entscheidet. Trotzdem müssen wir einen kühlen Kopf bewahren.«



»Trotzdem müssen wir einen kühlen Kopf bewahren.«

Peter Friedrich (SPD), Europaminister

findenden Kulturwandel in der Gesellschaft verantwortlich gemacht.« Volksinitiativen gehörten in der Schweiz außerdem zum politischen Leben. »Das respektiere ich und hoffe gleichzeitig, dass sich eine Mehrheit der Schweizer für eine Offenheit zu Europa ausspricht«, sagte Friedrich. »Die Wirtschaft der Schweiz ist auf einen offenen Arbeitsmarkt angewiesen.«

Brüssel hat immer gesagt, dass sich kein Land die Rosinen aus dem EU-Kuchen pikieren darf. Soll heißen: Wer Zugang zum Binnenmarkt haben will, muss sich an die Spielregeln halten – und zum Beispiel Personenfreizügig-

Anteil ausländischer Staatsangehöriger in Prozent der Gesamtbevölkerung



Quelle: Eurostat, nat. Statistikbehörden, Stand 2012

Der Ausländeranteil in der Schweiz ist im Vergleich zu anderen europäischen Staaten tatsächlich hoch. Vertreter der Schweizer Volkspartei (SVP) freuen sich bei Bekanntgabe des Ergebnisses nach Auszählung der Wahlzettel.



Fotos: Bieri

INFO

Die Konsequenzen der Schweizer Weichenstellung

Gibt es noch etwas an der Volksinitiative zu rütteln?

Nein. Das Volk hat gesprochen. »Das ist die direkte Demokratie«, sagte Justizministerin Simonetta Sommaruga.

Wie geht es mit den Beziehungen zur EU weiter?

Brüssel hat immer gesagt, dass sich kein Land die Rosinen aus dem EU-Kuchen pikieren darf. Soll heißen: Wer Zugang zum Binnenmarkt haben will, muss sich an die Spielregeln halten – und zum Beispiel Personenfreizügig-

keit gewähren. Ob das im Fall der Schweiz nur Drohkulisse ist, wird sich zeigen.

Wie werden die Kontingente festgelegt?

Das weiß noch niemand genau. Auch die Initiative hat diese Fragen praktisch offengelassen. Die 26 Kantone werden für sich nach einem noch festzulegenden Schlüssel den Bedarf an Zuwanderern ermitteln. Die Bürokratie dürfte nicht unerheblich sein. Der Markt regelt das jedenfalls nur noch mittelbar. Letztlich soll wohl Fachkräften Zuzug mög-

lich sein, aber möglichst ohne Familie.

Wie schnell wird sich etwas ändern?

Die Initiative gibt der Regierung drei Jahre Zeit, die Einzelheiten für die Kontingente festzulegen. In dieser Zeit soll auch mit der EU das Personenfreizügigkeitsabkommen nachverhandelt werden.

Gibt es unmittelbare Auswirkungen auf die vielen Deutschen im Land?

Nein. Derzeitige Pendler sind

nicht unmittelbar betroffen, da sich die Entscheidung auf die Zukunft bezieht.

Gibt es regionale Unterschiede im Abstimmungsverhalten?

Die Landkarte des »Ja« und »Nein« ist einfach zu zeichnen. Die Westschweiz, also die französischsprachigen Gebiete, stimmte gegen die Initiative. Anders verlief es von der Deutsch-Schweiz bis nach Graubünden und im Tessin. Dort fand der Slogan vom ziemlich vollen Boot viele Unterstützer.

Schweizer schotten sich ab

Volksinitiative gegen Zuwanderung erfolgreich / 56 000 Pendler aus Südwesten betroffen

Von Matthias Röder
und Gregor Preiß

Bern/Stuttgart. Zum Entsetzen der Schweizer Regierung und Wirtschaft wollen die Eidgenossen die Zuwanderung drosseln. Die Folgen könnten immens sein. Es drohen Fachkräftemangel und ein Abseits in Europa.

In der Volksabstimmung unterstützten gestern 50,3 Prozent die Initiative der Schweizer Volkspartei (SVP) »gegen Masseneinwanderung«. Die Wahlbeteiligung war mit 56 Prozent sehr hoch.

Das Ergebnis könnte auch Auswirkungen auf viele Baden-Württemberger haben, die in der Schweiz arbeiten wollen. Zurzeit gibt es rund 56 000 Grenzgänger aus dem Südwesten.

Die Regierung in Bern muss das Anliegen binnen drei Jahren umsetzen. Eine konkrete Zahl zum Limit der Zuwanderung gibt es nicht. Das Kontingent solle die »gesamtwirtschaftlichen Interessen« des Landes berücksichtigen, heißt es in der Vorlage der SVP.

Als assoziierter EU-Partner würde die Exportnation Schweiz damit gegen das Recht der Personenfreizügigkeit verstoßen. Die EU drohte

für diesen Fall mit Konsequenzen. »Wir müssen nun den Weg finden«, sagte der Schweizer Bundespräsident Didier Burkhalter. Es gehe darum, eine – auch aus Sicht der EU – akzeptable Form der Begrenzung zu finden.

Baden-Württembergs Europaminister Peter Friedrich



Didier Burkhalter

(SPD) sieht eine »Einigelung der Schweizer«. Derzeitige Pendler beruhigte Friedrich: Die Entscheidung beziehe sich auf die Zukunft.

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) sieht den Ausgang der Volksabstimmung auch als Signal für die deutsche Politik. »Es zeigt natürlich ein bisschen, dass in dieser Welt der Globalisierung die Menschen zunehmend Unbehagen gegenüber einer unbegrenzten Freizügigkeit haben. Ich glaube, das müssen wir alle ernst nehmen«, sagte er gestern Abend der ARD.

- Thema des Tages
- Hintergrund

Abschotten: CH knapp Ja - Basel klar Nein

Basel (jb). Es war ein echter Abstimmungskrimi um die Masseneinwanderungsinitiative der SVP: So knapp wie selten fiel das Ergebnis aus, und so spät wie selten stand es fest. Erst kurz vor 17 Uhr – die Abstimmungslokale schließen Sonntags um 12 Uhr – war klar, dass auch die letzte noch nicht ausgezählte Stadt der Schweiz, Kloten bei Zürich, am Ergebnis nichts mehr würde ändern können.

Die Schweizer Stimmberechtigten haben sich mit rund 50,3 Prozent für die Wiedereinführung von Kontingenten für ausländische Arbeitnehmer ausgesprochen. In der hiesigen Nachbarschaft stimmte Baselland mit 50,64 Prozent Ja im Bundestrend; der Aargau mit 55,2 Prozent Ja liegt deutlich darüber.

Ganz anders Basel-Stadt: Hier stimmten nur 39 Prozent für die Abschottung, deutliche 61 Prozent dagegen. Wirtschaftsdirektor Christoph Brutschin äußerte sich besorgt über die künftige Situation der 35 000 Grenzgänger und hinsichtlich der Reaktion der EU.

Einmal mehr spielte der „Röstigraben-Effekt“: Alle Welschschweizer Kantone (und mit ihnen Basel-Stadt als Ausreißer) stimmten gegen die SVP-Initiative.

► Ausführliche Berichte auf der Titelseite und auf der „Hintergrund“-Seite unserer Zeitung.

La Suisse vote pour les quotas d'immigrés



À Delémont, une affiche en faveur de la limitation de l'immigration portée par l'UDC, qui a obtenu la majorité hier.

Photo Thierry Gachon

Les Suisses ont dit « oui » à 50,3 % à une limitation de l'immigration, notamment européenne, hier lors d'une votation dont le résultat aura de lourdes conséquences dans leurs relations avec l'Union européenne, selon les résultats officiels. Le référendum, organisé à l'initiative du parti UDC (droite populiste), a obtenu la double majorité requise, soit la majorité des cantons et la majorité des électeurs. Concrètement, ce référendum signifie la fin de l'accord

de libre circulation des personnes signé avec l'UE, et qui s'est traduit par une immigration massive d'Européens en Suisse.

Même si les conséquences pratiques de ce résultat demeurent encore floues, notamment pour les frontaliers, le pays devrait réinstaurer le système de quotas et de contingents qui existait avant l'accord de libre circulation.

L'éditorial de Raymond Couraud en page 2/Nos informations en page 22

Suisse Les électeurs disent « oui » à la limitation de l'immigration

Les électeurs suisses ont dit « oui » hier, à une courte majorité de 50,3 %, à une limitation de l'immigration, ce qui risque d'envenimer les relations avec l'Union européenne.

Le référendum, intitulé « Contre l'immigration de masse », a été organisé à l'initiative du parti UDC (droite populiste), excédé par la forte hausse du nombre des immigrés ces dernières années (L'Alsace de samedi). Les conséquences de ce vote, qui marque un coup d'arrêt à la politique de libre circulation des personnes entre l'UE et la Suisse, sont encore difficiles à évaluer. Dans un communiqué, la Commission européenne a « regretté » la décision des Suisses exprimée par ce référendum d'introduire des quotas d'immigration et « examinera les implications de cette initiative sur l'ensemble des rela-

tions entre l'UE et la Suisse ».

« C'est un changement de système avec de grandes conséquences pour les Suisses et nos relations avec l'UE », a noté la ministre suisse de la Justice Simonetta Sommaruga. « C'est un vote de défiance envers les autorités » et « un vote contre les milieux économiques », a-t-elle ajouté. « C'est un mauvais résultat, la Suisse a besoin de bonnes relations avec l'UE », a jugé le syndicaliste et député socialiste Paul Rechsteiner, dont le parti parle de « défaite ». Tandis que pour le patronat suisse, une période d'« incertitude commence pour l'économie suisse, ce qui n'est pas bon ».

Depuis plusieurs années, la Suisse, petit pays de huit millions d'habitants qui ne fait pas partie de l'Union européenne, est considérée comme un Eldorado par de nombreux Européens à la recherche d'un emploi. Près de 80 000 Européens s'installent tous les ans en Suisse, ce qui est considéré comme insupportable par les initiateurs du référendum. Au moment de l'entrée en vigueur



Une affiche de l'UDC « maquillée » par ses opposants... qui n'ont pas réussi à l'empêcher de remporter le référendum. Photo T. Gachon

de la libre circulation, qui s'est faite progressivement depuis 2002, les autorités avaient estimé qu'il n'y aurait tout au plus que 8 000 nouveaux arrivants par an.

Johaneck dédramatise

Le texte voté hier prévoit le rétablissement de quotas et de contingents, en fonction des besoins du pays (lire encadré). C'est un système avec lequel la Suisse a vécu avant les accords bilatéraux avec l'UE et qui se traduit par des tracasseries administratives, fustigées par les employeurs. De source européenne, on indiquait hier que si l'accord de libre circulation est dénoncé, au bout de six mois les six autres accords signés en même temps en 1999 (Bilatérales I) deviendront à leur tour caducs. Ces accords, supprimant des obstacles techniques au commerce entre la Suisse et l'UE, portent également sur le transport aérien et terrestre, l'agriculture et la recherche.

Toujours de même source, l'adhésion de la Suisse à l'espace Schengen abolissant les frontières serait également remise en question, la libre circulation étant considérée comme un préalable par Bruxelles.

De son côté, le président du Comité de défense des travailleurs frontaliers du Haut-Rhin, Jean-Luc Johaneck, a dédramatisé les choses. Beaucoup de travailleurs étrangers sont recherchés en Suisse parce qu'ils ont des compétences « très spécifiques », que ce soit dans les secteurs de la recherche, de l'artisanat, du BTP ou du tourisme, a-t-il rappelé. Relevant que dans les grandes métropoles suisses et les cantons frontaliers l'initiative de l'UDC « n'a pas obtenu la majorité », il a estimé que « si on appliquait vraiment un contingentement très strict, cela irait même à l'encontre des résidents suisses », car bon nombre de frontaliers disposent de contrats précaires et sont employés à moindre coût que les Suisses.

Le texte du référendum

● Voici les principales dispositions du texte sur la fin de l'immigration de masse approuvé hier et qui doit être inscrit dans la Constitution, suivant le système de démocratie directe en vigueur dans le pays :
● La Suisse gère de manière autonome l'immigration des étrangers. Le nombre des autorisations délivrées pour le séjour des étrangers en Suisse est limité par des plafonds et des contingents annuels. Les plafonds valent pour toutes les autorisations délivrées en vertu du droit des étrangers, y compris le domaine de l'asile. Le droit au séjour durable, au regroupement familial et aux prestations sociales peut être limité.
● Les plafonds et les contingents

annuels pour les étrangers exerçant une activité lucrative doivent être fixés en fonction des intérêts économiques globaux de la Suisse et dans le respect du principe de la préférence nationale. Ces plafonds doivent inclure les frontaliers. Les critères déterminants pour l'octroi d'autorisations de séjour sont en particulier la demande d'un employeur, la capacité d'intégration et une source de revenus suffisante et autonome.
● Aucun traité international contraire au présent article ne sera conclu. Les traités internationaux contraires à ces dispositions doivent être renégociés et adaptés dans un délai de trois ans.



SUISSE

Référendum anti-immigration: Jean-Luc Johaneck dédramatise

le 09/02/2014

Le président du comité de défense des travailleurs frontaliers (CDTF) du Haut-Rhin, Jean-Luc Johaneck, a dédramatisé les résultats du référendum suisse de dimanche exigeant de nettes restrictions au recours aux aux travailleurs étrangers, faisant valoir que le pays pouvait difficilement se passer d'eux.

Beaucoup de travailleurs étrangers sont recherchés en Suisse parce qu'ils ont des compétences «très spécifiques», que ce soit dans les secteurs de la recherche, de l'artisanat, du BTP ou du tourisme, a rappelé M. Johaneck, interrogé par l'AFP. Il a ainsi relevé que dans les grandes métropoles suisses et dans les cantons frontaliers, l'initiative du parti UDC (droite populiste) «n'a pas obtenu la majorité», bien qu'elle l'ait emportée à 50,3% dans l'ensemble du pays.

Le texte du référendum prévoit le rétablissement de quotas et de contingents annuels de travailleurs étrangers, en fonction des besoins du pays, et précise que «ces plafonds doivent inclure les frontaliers».

Cependant «si on appliquait vraiment un contingentement très strict, cela irait même à l'encontre des résidents suisses», car bon nombre de frontaliers disposent de contrats précaires et sont employés à moindre coût que les Suisses, a fait valoir M. Johaneck. Le gouvernement helvétique s'est engagé dimanche soir à mettre en oeuvre «rapidement et de manière conséquente» le texte du référendum. Cependant «entre un référendum et l'application de mesures, il y a un monde», a encore estimé M. Johaneck.

TROIS FRONTIÈRES Economie

Rassurer les frontaliers

Après le vote massif contre l'immigration de masse, dimanche, les milieux économiques et politiques des Trois Frontières réagissent en rappelant que la main-d'œuvre étrangère de la région Bâloise lui est indispensable.

Les résultats du vote de dimanche ont surpris beaucoup de monde. Si la victoire politique de l'UDC, à l'initiative du référendum est reconnue par tous, les analyses quand à « l'après », à la mise en place concrète du texte sont diverses.

En terme d'image, le signal envoyé est très fort. « Pour moi cette votation est une catastrophe. Les officiels ne comptaient pas sur ce résultat, on ne mesure pas les conséquences pour l'Union européenne ni pour notre image à l'extérieur, c'est un retour en arrière, à l'ancien système. C'est une journée catastrophique pour la démocratie suisse », assure Martin Jann, ancien directeur d'IBA Basel.

Du côté des entreprises, la réaction est nuancée. Si le groupe pharmaceutique Roche explique prudemment « respecter les résultats du vote et attendre désormais leur réalisation concrète », d'autres reconnaissent que la mesure créera des obstacles.



Les firmes de la chimie et de la pharmaceutique bâloise ont besoin de la main-d'œuvre qualifiée, souvent frontalière. PHOTO DNA - ARCHIVES

Une mise en oeuvre décisive

« Nous sommes en permanence en recherche de profils très spécifiques, y compris dans les équipes de direction », explique Marisa Antonutti, responsable des recrutements chez Endress + Hauser. « Nous cherchons toujours partout, en priorité en Suisse, en Allemagne et en France. Le vote va compliquer notre travail, c'est un inconvénient pour l'entreprise. Mais il est encore trop tôt pour pouvoir affirmer que sur un

profil de poste nous allons systématiquement privilégier un Suisse ».

Pour le groupe Novartis, dont le site de production bâlois emploie beaucoup de frontaliers, il est clair que la prise en compte de l'initiative contre l'immigration de masse est un signal clair contre l'immigration et la libre-circulation des personnes notamment de l'Union européenne. Le groupe pharmaceutique prend acte « avec préoccupation » de cette décision, puisque le succès de l'entreprise repose « massivement sur la disponibilité de main-d'œuvre qualifiée ». Le directeur de No-

vartis en Suisse Pascal Brenneisen remarque qu'il sera « décisif », de voir comment le système de contingentement sera appliqué, et s'il sera possible d'éviter les conséquences négatives pour les accords bilatéraux avec l'Union européenne. « Nous suivrons avec attention la mise en œuvre de cette mesure, et nous nous engageons pour une interprétation large, afin de limiter les dégâts pour la Suisse en tant que lieu de production ». Bâle-Ville a massivement voté contre l'initiative, (61 % des habitants de la ville de Bâle se sont prononcés contre).

La main-d'œuvre frontalière ici n'est pas perçue comme une menace. D'ailleurs, comme le font remarquer beaucoup d'analystes, hormis deux exceptions, les cantons où le « oui » à l'initiative contre l'immigration de masse est ressorti massivement, sont des cantons dont le taux d'étrangers est inférieur à la moyenne nationale. La présence de travailleurs immigrés ainsi que le contact avec la main-d'œuvre étrangère, a toujours été vécue comme une situation de « win-win » à Bâle, en Alsace et dans le pays de Bade, assure le ministre de l'économie du canton de Bâle-

Ville, Christoph Brutschin. « Ici ça n'a jamais été Genève ou le Tessin. La situation était bonne pour tout le monde. »

Une analyse partagée par Frédéric Duvinage, directeur de l'Eurodistrict trinational de Bâle (ETB). « Ici les problèmes dus au travail frontalier concernent les transports, l'engorgement des routes. Mais comme les Suisses ne viennent pas massivement s'implanter du côté français, il n'y a pas de problème immobilier par exemple. Ni de dumping sur les salaires. S'il se dit « très déçu » par le vote, Christoph Brutschin adopte comme les chefs d'en-

treprise une attitude combative. « Pour le moment, il ne se passera rien, le gouvernement a jusqu'à 2017 pour faire appliquer le texte », explique-t-il. « Et nous nous engagerons, si des contingents sont adoptés pour que ces derniers soient les plus larges possibles, pour que les personnes qui sont déjà là puissent rester ».

Signal politique et symbolique négatif

Pour l'ETB et les autres instances de coopération trinationales, les conséquences seront minimales. « Les financements sont faits, les gens veulent continuer à coopérer ».

Mais sous l'apparente volonté de minimiser, l'inquiétude demeure.

Comme le rappelle Frédéric Duvinage, « le signal politique et symbolique envoyé est très négatif ». « Je suis étonné parce que le peuple suisse ne vote pas contre ses intérêts d'habitude. » Lui qui a connu l'ancien système des quotas, qui contraignait les frontaliers à être munis d'une carte, à ne pouvoir rester en Suisse même une nuit, voit dans ce vote un retour en arrière.

Il n'est de loin pas le seul. Le cabinet d'analyse indépendant BAK Basel estime que les conséquences pour l'économie Suisse ne peuvent être tirées dès à présent mais ne peuvent être sous-estimées. Et pointe en premier lieu les coûts administratifs élevés de la mise en place d'une telle réforme. Ajoutée aux votations des dernières années, cette décision pourrait contribuer à donner l'image de la Suisse comme un pays « moins sûr et moins libéral » pour les entreprises. ■

CAMILLE ANDRES

Bâle : la peur des frontaliers

Après le référendum limitant l'immigration, les travailleurs qui franchissent tous les jours la frontière se sentent menacés. « Je suis très en colère », expliquait hier Charles Flory, président du comité de protection des travailleurs frontaliers européens, à Hégenheim, près de Saint-Louis.

Dans le Haut-Rhin, 30 000 personnes franchissent quotidiennement la frontière pour travailler côté suisse. Déjà aux prises avec le gouvernement français à propos de la fin annoncée de leur droit d'option en matière d'assurance maladie, ces frontaliers sentent leur statut fragilisé une seconde fois, en Suisse cette fois-ci.

Avec ce vote, « du côté suisse, les limites sont posées », affirme Charles Flory. Sans être aussi alarmiste, Jean-Luc Johanneck, du Comité de défense des travailleurs frontaliers, organisation qui a rassemblé plus de 11 000 personnes lors de sa manifestation du 2 février pour le maintien du droit d'option, pense que la Suisse pourra difficilement se passer de travailleurs aux compétences très « spécifiques ».

Effectivement, du côté des entreprises comme Endress

+ Häuser spécialisée dans les outils de mesure de précision à Reinach, près de Bâle, on reconnaît que les conséquences du vote vont complexifier les processus d'embauche. « Nous sommes en permanence en recherche de profils très spécifiques, y compris dans les équipes de direction », explique Marisa Antonutti, responsable des recrutements. « Nous cherchons toujours partout, en priorité en Suisse, en Allemagne et en France. »

De fait, même si le gouvernement a annoncé vouloir mettre en œuvre « rapidement et de manière conséquente » la décision votée dimanche, la mesure prendra du temps : elle doit être adoptée d'ici trois ans maximum.

Le canton de Bâle-Ville accueille 53 000 frontaliers

Le texte voté prévoit d'instaurer des quotas à l'immigration et de renégocier la libre circulation avec l'Union européenne acquies depuis 2002. Il suscitera des discussions avec l'UE, principal partenaire commercial de la Suisse. La remise en place de contingents selon les besoins de l'économie est très complexe sur le plan administratif et déjà

critiquée par les milieux économiques. Le canton de Bâle-Ville, qui a majoritairement voté contre l'initiative tout comme les régions de la Suisse francophone, accueille 53 000 frontaliers. La moitié d'entre eux est allemande, l'autre française. Ils représentent 20 % des emplois. Ici, pas de tensions dues à l'emploi frontalier comme à Genève ou dans le Tessin.

« Nous étions toujours dans une situation de win-win (gagnant-gagnant, Ndlr). Sans eux, la situation sera réellement difficile », explique Christoph Brutschin, ministre de l'Économie du canton de Bâle-Ville. « Nous nous engageons pour que les contingents, s'ils sont votés, soient les plus hauts possibles, pour qu'au minimum ceux qui ont déjà un poste ici puissent rester », affirme-t-il.

Dans les instances de coopération trinationales, nombreuses dans la région bâloise, on se rassure : le résultat du vote suisse ne changera rien aux projets engagés. Mais le signal politique donné dimanche est négatif. « Cette fois-ci, les Suisses sont allés loin. C'est la première fois qu'ils votent contre leurs intérêts », analyse un observateur. ■

CAMILLE ANDRES

23,5 % Soit 1,88 million de personnes. C'est ce que représente la population étrangère en Suisse. Avant les accords de libre circulation avec l'UE, il y avait environ 20 % d'étrangers. Les Italiens et les Allemands sont les plus nombreux, avec respectivement 291 000 et 284 200 ressortissants. Ils sont suivis par les Portugais (237 000) et les Français (104 000).

FILLON : « PARFAITEMENT NATUREL »

Le résultat du référendum suisse n'a pas tardé à faire redémarrer une polémique bien française sur l'immigration. La gauche est sévère. Manuel Valls, qui avait pourtant proposé des quotas lors de la campagne de la primaire socialiste, y voit « un signe préoccupant ». Laurent Fabius est à l'unisson. À droite, Valérie Pécresse (UMP) déplore « une dénonciation unilatérale des accords de libre circulation entre la Suisse et l'UE », et Rama Yade (UDI) affirme que « les Suisses se sont tiré une balle dans le pied ».

Mais François Fillon trouve « parfaitement naturel que la Suisse veuille réduire le nombre des étrangers sur son territoire, qui doit être modulé en fonction de la capacité à les intégrer ». Selon l'ancien Premier ministre de Nicolas Sarkozy, ce modèle devrait être repris par l'Europe et par la France.

La députée européenne UMP-PPE Françoise Grossetête approuve : « L'Union européenne doit passer d'une immigration subie à une immigration choisie, comme le font de nombreux pays à l'exemple du Canada qui fixe chaque année sa politique d'immigration en fonction de ses besoins économiques et de sa capacité d'intégration. » À noter que le candidat François Hollande n'était pas loin de cette position, lors de la campagne présidentielle. Entre les deux tours du scrutin, il entendait, en raison de la crise, « limiter l'immigration économique en fixant tous les ans, à l'issue d'un débat parlementaire, le nombre d'étrangers à accueillir ». Le mot « quota » n'était pas prononcé, il apparaissait entre les lignes...

PATRICK FLUCKIGER

SÜDKURIER

Kreis Lörrach

Regio Basiliensis bedauert Ausgang der Volksinitiative

10.02.2014

Von JSC

Verein sieht gefährliches Signal für den Wirtschaftsstandort Nordwestschweiz mit seinen 67.000 Grenzgängern.

Die Regio Basiliensis bedauert die Annahme der Initiative zur Masseneinwanderung in der Schweiz. In einer Pressemitteilung drückt der in Basel ansässige Verein, der es sich von schweizerischer Seite aus zur Aufgabe gemacht hat, Impulse für die Entwicklung des oberrheinischen Raumes zu einer zusammengehörigen europäischen Grenzregion zu geben, sein Bedauern über das Ergebnis der Volksinitiative aus.

Der flexible grenzüberschreitende Arbeitsmarkt sei bisher ein wichtiges Element für das wirtschaftlich stark vernetzte Dreiland gewesen. Die zukünftige Einführung von Kontingenten sei ein gefährliches Signal für den Wirtschaftsstandort Nordwestschweiz mit seinen 67.000 Grenzgängerinnen und Grenzgängern, heißt es in der Mitteilung.

„Wirtschaft braucht ausländische Arbeitskräfte“

„Die Wirtschaft in der Nordwestschweiz ist nicht in der Lage, ohne ausländische Arbeitskräfte zu funktionieren und wird auch zukünftig extrem darauf angewiesen sein, Arbeitskräfte im nahen und ferneren Ausland zu rekrutieren“, schreibt Manuel Friesecke, Geschäftsführer der Regio Basiliensis. „Die Umsetzung des planwirtschaftlichen Regimes, welches die Initiative zur Masseneinwanderung vorsieht, wird das wirtschaftliche Zusammenwachsen über die Grenzen hinweg in unserer Dreiländerregion stark behindern“, heißt es weiter.

Der Verein Regio Basiliensis wurde 1963 von Vertretern aus Wirtschaft und der Wissenschaft gegründet. Er ist Schweizer Partner für die Oberrhein-Kooperation.

Das böse Erwachen der Grenzkantone

Aktualisiert am 16.02.2014 503 Kommentare

Die Personalchefs von Firmen in Grenzkantonen reiben sich zurzeit die Augen. Ihnen macht ein Aspekt zu schaffen, der vor dem Ja zur Zuwanderungsinitiative vergessen ging.



Von der Initiative stark betroffen: Gewerbezone im grenznahen Mendrisio TI.

Bild: Keystone

Dossiers

Die Folgen des Ja

Westschweizer beklagen

«Finanzausgleichsgraben»

Drei Viertel der Schweizer wollen
die Bilateralen

«Das Dümme ist, vor den
Verhandlungen von einem
Kompromiss zu reden»

Eine Woche nach dem Ja zur SVP-

Zuwanderungsinitiative reiben sich in vielen Firmen die Personalchefs ungläubig die Augen. Ihnen macht ein Aspekt zu schaffen, der im Abstimmungskampf in weiten Teilen der Deutschschweiz vergessen ging: In Bezug auf die Grenzgänger bringt die Initiative nicht einfach eine Rückkehr zum Regime vor der Einführung des freien Personenverkehrs im Jahr 2002, sondern eine massive Verschärfung. In der Schweiz arbeiten derzeit knapp 280'000 Ausländer, die jeden Tag in die Schweiz

Artikel zum Thema**Herr Blocher, wir sind Schweizer!****Die amerikanischen Ahnen von****Ecopop****Schulduweisungen vor dem Gang****nach Brüssel****EU legt Forschungsabkommen mit der****Schweiz auf Eis****UMFRAGE**

Auch die Zahl der Grenzgänger soll einer Kontingentierung unterworfen sein. War Ihnen dieser Aspekt vor der Abstimmung zur Zuwanderungsinitiative bewusst?

☐ Ja☐ Nein**Teilen und kommentieren****Die Redaktion auf Twitter**

Stets informiert und aktuell. Folgen Sie uns auf dem Kurznachrichtendienst.

nicht kannte.»

Gleich äussert sich seine Berner Rats- und Parteikollegin Christa Markwalder: «Die Initiative bringt uns leider ein Regime, das strenger ist als jenes vor der Personenfreizügigkeit.» Verschärfend kommt hinzu, dass alle 280'000 Grenzgänger heute eine Bewilligung haben, die höchstens fünf Jahre lang gültig ist. Fallen sie bei der Verlängerung unter die Kontingentierung, verknappt sich das Angebot an ausländischen Arbeitnehmern künftig noch zusätzlich.

Grenzkantone sind doppelt betroffen

In der Westschweiz und dem Tessin gehörten die Grenzgänger zu den meistdiskutierten Aspekten der SVP-Initiative, nicht so in den grenznahen Gebieten der Deutschschweiz – beispielsweise im St. Galler Rheintal oder der Wirtschaftsregion um Kreuzlingen im Thurgau. «Die Ostschweiz ist vom Ja zur Initiative doppelt betroffen», stellt nun konsterniert Kurt Weigelt fest, der Präsident der Industrie- und Handelskammer St. Gallen-Appenzell. Der Grund: Viele Firmen an grenznahen Standorten beschäftigen seit Jahrzehnten eine hohe Anzahl ausländischer Arbeitspendler. Im Kanton St. Gallen beispielsweise arbeiteten schon vor dem freien Personenverkehr im Jahr 2002 knapp 7000 Menschen aus Süddeutschland und Vorarlberg. Heute sind es etwas mehr als 10'000.

zur Arbeit pendeln. Besonders in grenznahen Gebieten sind viele Firmen auf sie angewiesen.

Neu sollen Bewilligungen für Grenzgänger einer Kontingentierung unterliegen. Derartige Einschränkungen bei der Rekrutierung von Arbeitskräften aus dem grenznahen Ausland kannte die Schweiz in den 90ern oder den frühen Nullerjahren nicht. «Es gab für die Grenzgänger keine Kontingentierung, da sie ihren Wohnsitz im Ausland behielten», bestätigt der St. Galler Sicherheitsdirektor Fredy Fässler gegenüber der «Ostschweiz am Sonntag». Und der Leiter des Thurgauer Migrationsamts, Camillus Guhl, sagt: «Die damaligen Kontingente spielten für die Grenzgängerbewilligungen keine Rolle.»

Strengeres Regime als je zuvor

Die Gegner der Initiative ärgern sich, dass dieser Umstand vor dem Urnengang nicht zu reden gab. «Wer argumentierte, die Wirtschaft könne mit einem Ja gut leben, weil es Kontingente auch schon früher gab, verschwieg einen wesentlichen Aspekt», meint der Ausserrhoder FDP-Nationalrat Andrea Caroni. «Tatsächlich bringt das Anliegen eine Beschränkung der Rekrutierungsmöglichkeiten, wie sie die Schweiz früher

Firmen entlang der Grenze schauen nach dem Ja zur SVP-Initiative nun wenig hoffnungsvoll in die Zukunft. «Ohne Grenzgänger können wir den Bedarf an Mitarbeitern nicht decken», macht Jürgen Dold klar, der CEO von Leica Geosystems in Heerbrugg SG. Im Vergleich zu den 90er-Jahren und den frühen Nullerjahren werde die Rekrutierung komplizierter. «Wir werden wohl länger brauchen, um Mitarbeiter einzustellen, und gleichzeitig mehr bürokratischen Aufwand betreiben müssen», sagt Dold. Leica Geosystems beschäftigt 890 Mitarbeiter, rund 200 davon sind Grenzgänger. Das sind 22 Prozent.

Ähnlich hoch ist der Anteil der ausländischen Pendler bei der SFS-Gruppe, die ebenfalls in Heerbrugg niedergelassen ist. «Die Grenzgänger spielen für uns eine wichtige Rolle», erklärt ihr Sprecher Claude Stadler. «Für die kaufmännischen und insbesondere die technischen Berufe finden wir sehr gute ausgebildete Arbeitskräfte in Vorarlberg.» Das Ja zur Initiative bringe der Firma viel Unsicherheit. «Das ist für die Wirtschaft wie für die Arbeitnehmer unvorteilhaft», meint Stadler. (mrs)

Erstellt: 15.02.2014, 23:30 Uhr

Alle Kommentare anzeigen